

Neue Informationen aus Palästina, der Politik und dem Verein 15.März.2018

1. Antisemitismusvorwurf gegen Bildung und Begegnung Palästina e.V.

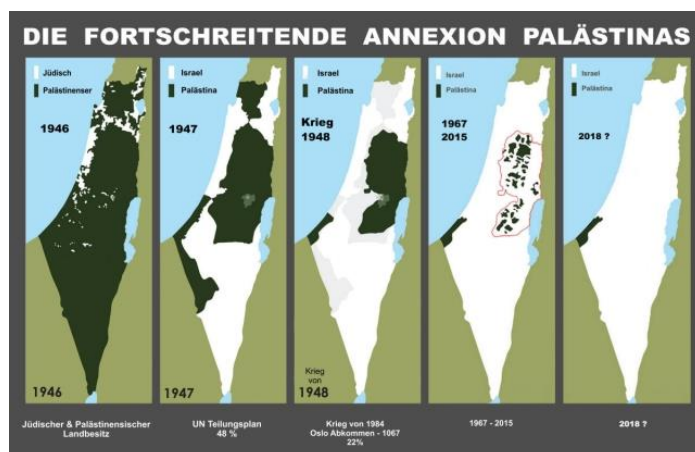
Seit geraumer Zeit, vielleicht schon seit mehr als zehn Jahren beklagen sich Juden und speziell der ‚Zentralrat der Juden in Deutschland‘ über einen wachsenden Antisemitismus in Deutschland. Frau Charlotte Knobloch, frühere Präsidentin des Zentralrates, fordert Antisemitismus-Beauftragte auf Länderebene.

Leider wird hierbei nicht zwischen Kritik an der Politik der israelischen Regierung und Judenhass bzw. Angriffe auf Juden unterschieden.

Nach einer Veranstaltung im Januar 2018 in Heidelberg wird auch unser Verein ‚Bildung und Begegnung Palästina e.V.‘ durch das ‚Junge Forum der deutsch-israelischen Gesellschaft‘ in Heidelberg als antisemitisch diffamiert. Aus diesem Grund führten wir eine vereinsinterne Informations- und Diskussionsveranstaltung am 15. März 2018 durch.

Bleiben wir bei den historisch anerkannten Fakten:

- Nach dem UN-Teilungsvertrag 1947 bekam die jüdische Seite 56%, die palästinensische Seite 42% des Landes zugesprochen. Dies, obwohl zu jener Zeit rd. 69% der Bevölkerung palästinensisch und 93% des Landes in palästinensischem Besitz war. Vor und nach der israelischen Staatsgründung 1948 wurden mindestens 750 000 Palästinenser von den Israelis vertrieben und 531 Dörfer zerstört (al Nakba), die dann wieder zum Teil als israelische Dörfer aufgebaut wurden.
- Die konfliktreichen Folgejahre mündeten 1967 in den 6-Tage-Krieg, bei dem Israel auch (u.a.) die Westbank besetzte. Es ist nicht so, wie behauptet, dass der israelischen Armee „das Land zugefallen“ ist, es wurde gewaltsam unterworfen und besetzt.



Wird Palästina von der Landkarte verschwinden?

Alle diese Aussagen sind nicht antisemitisch, sondern Fakten.

- **Nächste Termine**
- Dienstag, 10.April 19.30 Lesung: „Besetzte Worte“ – Prosa und Lyrik über Palästina
Cafe Canapee, Hesselgasse 34, Wiesloch
- Donnerstag, 21. Juni 20 Uhr „Das Leben und Leiden der Flüchtlingskinder“
- Gast: Ingrid Rumpf, Vorsitzende des Vereins „Flüchtlingskinder im Libanon“
- Evang. Gemeindehaus Friedrichstraße 5, Wiesloch

AKTUELLE THEMEN:

1. Antisemitismusvorwurf gegen Bildung und Begegnung Palästina e.V.

2. Warum will Palästinas Präsident sich selbst entmachten?

3. Ostergrüße

2. Warum will Palästinas Präsident sich selbst entmachten?

Von Lea Frehse 17. Januar 2018 aus der ZEIT NR. 04/2018

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas erklärte das Oslo-Abkommen für "gestorben". Die Führung in Ramallah erwägt nun, die Anerkennung Israels auszusetzen. Es wäre das Ende des Nahost-Friedensprozesses, das Ende der Zwei-Staaten-Lösung, aber auch das Ende der palästinensischen Selbstverwaltung. Mahmud Abbas würde die palästinensische Autonomiebehörde (PA) auflösen, der er selbst als Präsident vorsteht.

Was könnte er damit bezwecken?

Abbas Ankündigung ist zunächst eine Drohung mit Kontrollverlust. Die Auflösung der PA hätte nämlich zwei Konsequenzen. Die erste wäre Chaos. Die PA ist der Quasi-Staat der Palästinenser, eine umfassende Verwaltung mit Ministerien und Behörden, die Krankenhäuser betreibt, die Müllabfuhr, die Justiz. Sie ist der Tropf, durch den mehrere Hundert Millionen Euro an Finanzhilfen pro Jahr nach Palästina fließen, vor allem aus Europa und den USA. Ohne die PA wäre diese Versorgung gekappt, die Verwaltung stünde vor dem Kollaps. Und mit ihr auch der Sicherheitsapparat. Bislang arbeiten Polizei und Geheimdienst der PA eng mit den israelischen Behörden zusammen. Legen sie die PA-Uniformen ab, dann endet – zweitens – auch die Sicherheitskooperation mit Israel. Die Besatzungsmacht wäre nicht nur gezwungen, selbst für die Verwaltung der palästinensischen Gebiete zu sorgen; sie müsste dann auch jeden Widerstand, jeden gewaltsamen Protest mit eigenen Kräften unterbinden.

Die palästinensische Führung würde den Ball so ins Feld der Israelis zurückspielen.

Immer wieder hatte Abbas in den vergangenen Jahren davon gesprochen, "die Schlüssel zurückzugeben" und die Sicherheitskooperation zu beenden. Ungewöhnlich ist aber die Heftigkeit, mit der Abbas seine Ankündigung vortrug. Die Entscheidung von US-Präsident Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, sei der "Schlag des Jahrhunderts" gewesen. Nun werde man zurückschlagen.

Auf palästinensischer Seite steht man vor einem historischen Bruch. Statt um zwei Staaten für zwei Völker ginge es im nächsten Schritt um Bürgerrechte in einem Staat. Der 82-jährige Mahmud Abbas würde einen solchen Kampf nicht mehr anführen. Aber er steht kurz davor, den bisherigen zu beenden.

3. Ostergrüße



Grabeskirche in Jerusalem

Ostern ist nicht nur das wichtigste christliche Fest. Ostern ist auch das Fest des FRIEDENS. Der Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben der Menschen ist so alt wie die Menschheit selbst und aktueller denn je. Der Friede beginnt bei DIR selbst, bei mir, in der Familie, im eigenen Haus, im Umgang mit den Nachbarn und unseren Mitmenschen.

Wir wünschen uns, dass diese Botschaft auch den Nahen Osten erreicht, sei es die Kriegsparteien in Syrien, sei es die Regierungen von Israel, Palästina und USA.

Ihnen wünschen wir auch ein frohes und friedliches Osterfest.

Dieser Newsletter wurde erstellt von Marianne Wermescher und Edmund Berger.